

Nahost-Krise bringt Bewegung in die Politik der Konfliktparteien

Schleswig/ri – Die angespannte Lage in den palästinensischen Autonomiegebieten hat nach Ansicht des Leiters der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jerusalem, Knut Dethlefsen, Bewegung in die Nahost-Politik gebracht. Dies gelte auch für die Haltung Israels. Dabei verwies Dethlefsen, der gestern Abend zu einer Diskussionsveranstaltung

in seiner Heimatstadt Schleswig weilte, auf den großen Vertrauensverlust, den die israelische Politik in der eigenen Bevölkerung erlitten habe. Am Montag hatte die Regierung in Jerusalem 86 Millionen Euro bislang eingefrorener Steuergelder an die Palästinenser-Regierung von Mahmud Abbas überwiesen. Hoffnungen setzt Dethlefsen

in den von Abbas eingesetzten Wirtschaftsexperten Salam Fajad als Leiter der Notstandsregierung. Er sei ein „sehr honoriger, integrierter“ Politiker. Auch der neue Sondergesandte des Nahost-Quartetts (UN, EU, USA, Russland), Tony Blair, könnte der bedrohlichen Entwicklung in Nahost eine Wende geben. Zwar seien die Verhältnisse in

der arabischen Welt und bei den Palästinensern gegenüber dem britischen Ex-Premier unübersehbar. Doch Blair sei in der Lage, die USA von einem stärkeren Engagement im Friedensprozess zu überzeugen. Eine Absage erteilte Dethlefsen dagegen einer EU-geführten Friedenstruppe in den Palästinenser-Gebieten. Der Konflikt sei mi-

litärisch nicht zu lösen. Als „unglaublich bedrückendes Bauwerk“ bezeichnete Dethlefsen die von Israel errichtete Sperranlage. Sie sei „Ausdruck der Hilflosigkeit“. Lösungen in dem Konflikt seien allerdings keine rein palästinensisch-israelische Angelegenheit. Dazu würden in der Region „zu viele Karten gespielt“